

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Katrin Helling-Plahr, Michael Theurer, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Daniel Föst, Otto Fricke, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Sandra Weeser und der Fraktion der FDP

Zur Situation sterbender Menschen in Deutschland

Das Sterben ist untrennbar mit der menschlichen Existenz verbunden und betrifft jeden einzelnen Menschen letztendlich gleichermaßen. Dennoch unterscheidet sich die Situation vor dem Eintritt des Todes von Mensch zu Mensch.

Nicht nur die individuelle gesundheitliche Ursache oder die körperliche und geistige Verfassung während des Sterbeprozesses sorgt für teils erhebliche Unterschiede. Auch Faktoren, die von sterbenden Menschen äußerst subjektiv wahrgenommen und auch persönlich unterschiedlich gewichtet werden, tragen ihren Teil dazu bei.

Der Wert einer Gesellschaft misst sich auch an ihrem Umgang mit Sterbenden. Es ist nach Auffassung der Fragesteller vornehmste Pflicht des Gesetzgebers, diesen Menschen ein würdiges Lebensende zu ermöglichen.

Aus Sicht der Fragesteller ist es geboten, die Belange sterbender Menschen sehr ernst zu nehmen und diesen dann auch politisch entsprechende Aufmerksamkeit zu widmen. Während mit dem Tod im Zusammenhang stehende Fragestellungen immer eine ethische Dimension mit sich bringen, sollte es nicht vernachlässigt werden, sich die Situation von Menschen, die sich mit ihrem eigenen Tod oder Sterbewunsch konfrontiert sehen, bewusst zu machen und bestehenden Wünschen nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Dadurch wird nicht zuletzt der Selbstbestimmtheit der Menschen Rechnung getragen, die auch am Lebensende sichergestellt sein muss.

Eine Voraussetzung hierfür ist aus Sicht der Fragesteller, dass Informationen über die gegenwärtige Situation sterbender Menschen in Deutschland vorliegen und ausgewertet werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Menschen versterben nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland jährlich (bitte nach Altersgruppen aufschlüsseln)?
 - a) Wie viele dieser Menschen versterben an einer natürlichen Todesursache?
 - b) Wie viele dieser Menschen versterben an einer nicht natürlichen Todesursache?
 - c) Wie viele dieser Menschen versterben an einer ungeklärten Todesursache?
 - d) Wie viele dieser Menschen versterben davon zuhause (bitte nach natürlicher, nicht natürlicher und ungeklärter Todesursache aufschlüsseln)?
 - e) Wie viele dieser Menschen versterben davon in Krankenhäusern?
 - f) Wie viele dieser Menschen versterben davon in Pflegeheimen?
 - g) Wie viele dieser Menschen versterben davon in Hospizen?
2. Wie viele Menschen versterben in Deutschland jährlich infolge eines Suizids, und wie viele missglückte Suizidversuche gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland jährlich?
 - a) Wie sieht hierbei die Geschlechterverteilung aus?
 - b) Wie sieht hierbei die Verteilung auf Altersgruppen aus?
 - c) Welche Methoden werden hierbei von Betroffenen wie häufig angewandt?
 - d) Wie oft benötigen Angehörige danach eine psychotherapeutische Behandlung, bzw. wie oft nehmen sie eine solche in Anspruch?
 - e) Wie häufig sind Dritte daran unwillentlich beteiligt, und wie oft benötigen diese danach eine psychotherapeutische Behandlung, bzw. wie oft nehmen sie eine solche in Anspruch?
3. Liegen der Bundesregierung Informationen oder Schätzungen dazu vor, wie hoch der Anteil der Menschen ist, die in Deutschland ohne Anwesenheit eines anderen Menschen versterben?

Wenn ja, um wie viele Menschen handelt es sich?
4. Liegen der Bundesregierung Informationen oder Schätzungen dazu vor, wie hoch der Anteil der Menschen ist, die in Deutschland mit Begleitung durch andere Menschen versterben?

Wenn ja, um wie viele Menschen handelt es sich?

 - a) Wenn ja, wie oft handelt es sich um Begleitung durch Angehörige?
 - b) Wenn ja, wie oft handelt es sich um Begleitung durch allgemeinmedizinisches Personal?
 - c) Wenn ja, wie oft handelt es sich um Begleitung durch palliativmedizinisches Personal?
 - d) Wenn ja, wie oft handelt es sich um Begleitung durch Pflegepersonal?
 - e) Wenn ja, wie oft handelt es sich um Begleitung durch ehrenamtliches, wie z. B. kirchliches Personal?
5. Liegen der Bundesregierung Informationen oder Schätzungen dazu vor, wie hoch der Anteil der Menschen in Deutschland ist, die unmittelbar vor dem Eintritt ihres Todes bei klarem Bewusstsein sind?

Wenn ja, wie hoch ist der Anteil?

6. Liegen der Bundesregierung Informationen oder Schätzungen dazu vor, wie hoch der Anteil der Menschen in Deutschland ist, die unmittelbar vor dem Eintritt ihres Todes unter Halluzinationen oder Wahrnehmungsstörungen leiden?

Wenn ja, wie hoch ist der Anteil?

7. Liegen der Bundesregierung Informationen oder Schätzungen dazu vor, wie hoch der Anteil der Menschen in Deutschland ist, die unmittelbar vor dem Eintritt ihres Todes sediert sind?

Wenn ja, wie hoch ist der Anteil?

8. Liegen der Bundesregierung Informationen oder Schätzungen dazu vor, wie hoch der Anteil der Menschen in Deutschland ist, die tagsüber bzw. nachts versterben?

Wenn ja, wie hoch ist jeweils der Anteil?

9. Liegen der Bundesregierung Informationen oder Schätzungen dazu vor, wie hoch der Anteil der Menschen in Deutschland ist, die an Plötzlichem Herztod versterben?

Wenn ja, wie hoch ist der Anteil?

10. Liegen der Bundesregierung Informationen oder Schätzungen dazu vor, wie hoch der Anteil der Menschen in Deutschland ist, die vor ihrem Tod bettlägerig waren?

Wenn ja, wie hoch ist der Anteil, und wie lange waren diese Menschen im Durchschnitt bettlägerig?

11. Liegen der Bundesregierung Informationen oder Schätzungen dazu vor, wie hoch der Anteil der Menschen in Deutschland ist, die vor ihrem Tod künstlich ernährt wurden?

Wenn ja, wie hoch ist der Anteil?

12. Wie viele Menschen in Deutschland haben nach Kenntnis der Bundesregierung eine Patientenverfügung verfasst, die lebenserhaltende Maßnahmen teilweise einschränken oder vollständig ausschließen?

Wie häufig kommen diese im Endeffekt zum Tragen?

13. Liegen der Bundesregierung Informationen dazu vor, wie hoch der Anteil der Menschen in Deutschland ist, bei denen unmittelbar vor deren Tod die Diagnose Depression vorliegt?

Liegen Schätzungen zu einer Dunkelziffer vor?

Wenn ja, wie hoch ist der Anteil, bzw. was ist die geschätzte Dunkelziffer?

14. Liegen der Bundesregierung Informationen oder Schätzungen dazu vor, wie viele Menschen in Deutschland jährlich nach Äußerung eines Sterbewunsches wegen akuter Suizidgefahr in eine psychiatrische Klinik eingewiesen werden?

Wenn ja, um wie viele Menschen handelt es sich?

15. Welche staatlichen, gemeinnützigen oder ärztlichen Angebote sind der Bundesregierung bekannt, an die sich Menschen in Deutschland wenden können, um über ihre mit dem eigenen Tod verbundenen Sorgen, Ängste und Wünsche zu sprechen?

Liegen der Bundesregierung Informationen oder Schätzung dazu vor, wie oft diese Angebote jährlich jeweils in Anspruch genommen werden, und wenn ja, in welcher Anzahl?

16. Liegen der Bundesregierung Informationen oder Schätzungen dazu vor, wie viele Menschen in Deutschland gern Sterbehilfe in Anspruch nehmen würden?

Wenn ja, um wie viele Menschen handelt es sich?

17. Welche Angebote zur Sterbehilfe sind der Bundesregierung bekannt, die Betroffene in Deutschland in Anspruch nehmen können?

18. Wie viele Deutsche versterben nach Kenntnis der Bundesregierung jährlich im Ausland?

19. Liegen der Bundesregierung Informationen oder Schätzungen dazu vor, wie viele Menschen aus Deutschland Sterbehilfe im Ausland in Anspruch nehmen?

Wenn ja, um wie viele Menschen und um welche Länder handelt es sich?

20. Sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer Antworten zu den Fragen 1 bis 19 einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf (bitte begründen)?

Berlin, den 2. Juli 2020

Christian Lindner und Fraktion